



# Bundestags- brief

Nr. 186 • Die Woche im Bundestag • 29.01.2016



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Den Opfern des NS-Terrors würdig gedenken und die Folgen des Unrechts aufarbeiten

Am vergangenen Mittwoch haben wir anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz der Opfer des Holocausts auch in einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages gedacht. Ruth Klüger, die als Auschwitz-Überlebende mit dem autobiographischen Roman „Weiterleben. Eine Jugend“ ihre Erlebnisse der NS-Zeit literarisch verarbeitet hat, fand eindrucksvolle und wichtige Worte, die über den parlamentarischen Alltag hinausweisen und allen Mitglieder des Deutschen Bundestages ihre große Verantwortung gerade in der aktuellen Situation vor Augen geführt haben. Zum Abschluss gestand sie ihre Achtung vor der Flüchtlingspolitik in Deutschland, die sie lobte, weil sie mit den „schlichten und heroischen Worten ‚wir schaffen das‘ geschehe“.

Für mich ist wichtig, dass wir die Schrecken der NS-Terrorherrschaft, das Unrecht und das Leid, das im deutschen Namen über die Welt gebracht wurde, nicht vergessen und nicht relativieren. Auch als nachgeborene Generation bleibt es unsere Aufgabe, der Erinnerung den nötigen Raum zu geben und auf die Fragen der jungen Generationen Antworten zu geben.

Ein solcher Ort ist auch das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Unter dem markanten Stelenfeld liegt der sogenannte „Ort der Information“. Dort dokumentiert eine Ausstellung die Verfolgung und Vernichtung der Juden Europas und der „Raum der Namen“ erzählt einzelne Schicksale; so gibt er den Opfern Name und Würde zurück. Das Stelenfeld und der Ort der Information bilden das Denkmal, das seit 10 Jahren einer der meist besuchten Orte in Berlin ist und das gerade die fünfmillionste Besucherin begrüßen konnte.

Es ist gut, dass das Interesse gerade junger Menschen an diesem Thema weiter anhält und der

Wille zur intensiven Beschäftigung mit der Vergangenheit auch heute nicht nachlässt.

Auch die Kunst bietet die Möglichkeit, sich der Unaussprechlichkeit und dem Grauen des Alltags in den Konzentrationslagern zu nähern. Mit der jüngst eröffneten Ausstellung „Kunst aus dem Holocaust“ bietet sich die Chance, mehr als hundert Kunstwerke der Gedenkstätte Yad Vashem im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen. Sie erzählen höchst eindrucksvoll vom Leiden der Menschen im Ghetto oder Konzentrationslager, aber auch vom unbeugsamen Geist der Künstlerinnen und Künstler, von denen viele den Holocaust nicht überlebten.

Unsere Verantwortung erschöpft sich aber nicht darin, der Opfer und des Leids würdig zu gedenken, sondern wir haben auch die Verpflichtung, das Unrecht aufzuarbeiten und gemeinsam mit den Opfern oder ihren Nachfahren Lösungen zu finden.

Das gilt auch für den Bereich der NS-Raubkunst. Die nach dem Schwabinger Kunstfund eingerichtete Taskforce hat vor kurzem ihren Abschlussbericht vorgelegt, in dem für viele Werke erste Einschätzungen abgegeben werden konnten. Klar ist, dass die wichtige Aufgabe der Provenienzforschung nicht über Nacht erledigt werden kann. Deshalb wird die Pionierarbeit der Taskforce nun durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste übernommen, das diese wichtige Forschungsarbeit bis zum bestmöglich erreichbaren Ende fortführen wird. Über das weitere Vorgehen im Bereich der Provenienzforschung hat gerade auch der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages beraten. Eini waren sich dabei alle, dass im Zweifel Gründlichkeit und Genauigkeit bei der Recherche einem schnellen, aber wenig belastbaren „Ergebnis“ vorzuziehen sind.

## **Flüchtlingspolitik**

Es gibt in der Koalition ein gemeinsames Ziel in der Flüchtlingspolitik: Die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge muss nachhaltig und spürbar reduziert werden. Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, werden aufgenommen. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Über die Frage, wie dies erreicht werden kann, gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Wie der Streit darüber in den letzten Wochen und Tagen ausgetragen wird, verunsichert die Menschen in unserem Land und lässt sie an der Handlungsfähigkeit der Koalition zweifeln, was ihre Verunsicherung noch weiter verstärkt.

Das Jahr 2016 wird zu einem Schicksalsjahr für Europa. Wenn Europa nicht in der Lage ist, die große Herausforderung der Flüchtlinge gemeinsam zu bewältigen, wird dieses Europa am Ende des Jahres anders aussehen. Deshalb ist es richtig, die Bundeskanzlerin darin zu unterstützen, alle Möglichkeiten für eine europäische Lösung zu ergreifen. Die Konferenz in London Anfang Februar und dann der Europäische Rat am 18. und 19. Februar sind die herausragenden Wegmarken. Danach, so die Bundeskanzlerin, werden wir eine Zwischenbilanz ziehen.

Neben diesem Weg haben wir bereits eine Reihe nationaler Maßnahmen getroffen. Die damit erzielten Erfolge müssen offensichtlich noch besser kommuniziert werden. Während im letzten Jahr noch Zehntausende von Flüchtlingen aus Staaten des Westbalkans nach Deutschland kamen, wurde dies durch ihre Anerkennung als sichere Herkunftsländer korrigiert. Jetzt geht es darum, mit Marokko, Tunesien und Algerien weitere sichere Herkunftsländer zu definieren und so den Zuzug wiederum zu reduzieren.

Durch den Grundsatz Sachleistungen vor Geldleistungen sollen Anreize reduziert werden. Dass einige Bundesländer dies nicht umsetzen, muss scharf kritisiert werden. Und so richtig es ist, dass die Zahl der Abschiebungen zugenommen hat, müssen hier die Länder noch besser werden.

Es ist also so, dass neben den wirklich notwendigen Bemühungen der Bundeskanzlerin für eine europäische Lösung nationale Maßnahmen bereits erfolgreich auf den Weg gebracht wurden.

## **Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausbauen**

Das Kabinett beschließt in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2016, mit dem es die Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht und seine wirtschaftspolitischen Vorhaben umreißt. Es zeichnet sich ab, dass das Bruttoinlandsprodukt trotz des schwierigen internationalen Umfelds auf dem Niveau der beiden vergangenen Jahre weiter wächst. Diese robuste Wirtschaftsdynamik wird binnenwirtschaftlich von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen getragen. Den positiven Impulsen von Ölpreisentwicklung, Niedrigzins und relativ niedrigem Wechselkurs steht ein Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern gegenüber.

Die gute Wirtschaftslage ist Grundvoraussetzung, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Wir dürfen wirtschaftlich nicht zurückfallen und müssen in der Koalition konsequent daran weiterarbeiten, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes zu stärken. Auf der Grundlage unserer bewährten Finanzpolitik müssen wir die Digitalisierung vorantreiben, die private und öffentliche Investitionstätigkeit stärken, die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen weiter ausbauen, TTIP und der Energiewende zum Erfolg verhelfen. Diese Ansatzpunkte liegen auf der Hand und wir werden darauf achten, dass es mit konkreten Maßnahmen vorangeht.

## **Deutschland „bestes Land der Welt“**

In einer Studie, die das amerikanische Nachrichtenmagazin „US News & World Report“ mit der Universität Pennsylvania vorgestellt hat, ist Deutschland Gesamtsieger geworden.

Dazu wurden verschiedene Themenbereiche analysiert: Spitzennoten erhalten unter anderem das Unternehmertum, die Infrastruktur, die fachliche Ausbildung der Bevölkerung, die technologische Expertise und der rechtliche Rahmen für Unternehmen. Im Bereich „Macht“ werden der politische und ökonomische Einfluss sowie die Person der Kanzlerin nahe der Höchstpunktzahl bewertet. Für die Studie wurden 16.000 Personen in vier globalen Regionen nach ihrer Meinung über 60 Länder gefragt.

*(Quelle: Best Countries Report)*